

22.April 2022

## **WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2022**

Die anstehende Landtagswahl am 8. Mai 2022 veranlasst den Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein e.V. (LNV) auf zentral zu lösende Probleme in der Umweltpolitik hinzuweisen.

Der Klimawandel und der anhaltende Verlust der Artenvielfalt bzw. der Biodiversität sind die größten Herausforderungen, denen sich auch die kommende Landesregierung stellen muss. Beides sind Krisen, die sich nicht nur global sondern auch konkret in Schleswig-Holstein auswirken und bemerkbar machen. Mit der Biodiversitätskonvention, der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen und dem Pariser Klimaabkommen versucht die Weltgemeinschaft auf die ökologische Krise zu reagieren. Somit werden auch der kommende Schleswig-Holsteinischen Landtag und die neue Landesregierung vor der Aufgabe stehen, Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Erhalt der Biologischen Vielfalt wirksam in allen Politikbereichen zu etablieren.

Um zu erfahren, wie Parteien mit diesem Thema umgehen werden und Natur- und Umweltschutz in einer möglichen Regierungsverantwortung umsetzen wollen, hat der LNV acht Fragen zu zentralen Handlungsfeldern erstellt.

Die Antworten auf diese „Wahlprüfsteine“ sind nachfolgend in einer Tabelle zusammengestellt.

# ANTWORTEN ZU DEN WAHLPRÜFSTEINEN DES LNV ZUR LANDTAGSWAHL 2022

## 1. Biodiversitätsstrategie Schleswig-Holstein

Die Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie, die für 2020 vorgesehen waren, wurden deutlich verfehlt. Die Europäische Kommission hat eine neue Strategie vorgelegt, die die Hauptgründe des Verlustes an Biodiversität benennt und diese bis 2030 beseitigen will.

Schleswig-Holstein hat am 3. November 2021 seine Biodiversitätsstrategie *Kurs Natur 2030*<sup>1</sup> veröffentlicht, um die biologische Vielfalt in Schleswig-Holstein zu erhalten. Der LNV begrüßt diese Strategie ausdrücklich, insbesondere deren umsetzungsbezogenen und ressortübergreifenden Ansatz, der viele Synergieeffekte zwischen den in vielen Bereichen eingebundenen Akteuren beinhaltet. Die Strategie enthält viele wichtige Ziele, wie bei den Themen Biotopverbund, Reduktion der Pestizid- sowie Düngereinsatzes sowie Schaffung von 50 Kernaktionsräumen, bei denen meist ein zeitlicher Rahmen und quantitative Ziele angegeben sind. Eine überprüfbare Erfolgskontrolle der Erreichung der Ziele sowie eine Nachsteuerung der Umsetzungsmaßnahmen sind ebenfalls wichtige Komponenten der Biodiversitätsstrategie des Landes Schleswig-Holstein. Die Vernetzung von Lebensräumen soll gewährleistet werden, indem der Biotopverbund und die Grün-Blaue Infrastruktur (30 % Grün-Blaue Infrastruktur, 15 % Vorrangflächen für Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem und 2 % Wildnisgebiete) als zentrale Elemente der Biodiversitätsstrategie entwickelt werden. Derzeit sind etwa 24 % der Landesfläche Schutzgebiets- und Biotopverbundflächen, die jedoch in vielen Fällen selbst in den gemeldeten Naturschutz-, Vogelschutz- oder FFH-Gebieten keinen guten ökologischen Zustand aufweisen (z.B. Eutrophierung oder Problem des Pestizideinsatzes in der Agrarlandschaft<sup>2</sup> und in Schutzgebieten<sup>3</sup>). Das Vorkaufsrecht gemäß LNatSchG ist aus Gründen des Naturschutzes und der Landschaftspflege einschließlich der Erholungsvorsorge äußerst sinnvoll, allerdings ist es derzeit auf einen Ankauf von 100 ha Flächen pro Jahr begrenzt.

Einen erheblichen Eingriff in den Schutz der Arten mit auch deutlichen Auswirkungen auf deren Lebensraum haben die Feuerwerke, die nicht nur zu Silvester, sondern seit langem immer auch bei Veranstaltungen aller Art insbesondere zur Abend- und Nachtzeit stattfinden<sup>4</sup>, daher sind Feuerwerke zumindest in der in der Nähe von Schutzgebieten zu vermeiden.

<sup>1</sup> [https://www.schleswig-holstein.de/mm/downloads/Fachinhalte/Biodiversitaet/20211216\\_KursNaturLF.pdf](https://www.schleswig-holstein.de/mm/downloads/Fachinhalte/Biodiversitaet/20211216_KursNaturLF.pdf)

<sup>2</sup> <https://www.wissenschaft.de/umwelt-natur/ackernahe-kleingewaesser-stark-mit-pestiziden-belastet/>

<sup>3</sup> <https://www.wissenschaft.de/umwelt-natur/pestizidbelastung-auch-bei-insekten-in-naturschutzgebieten/>

<sup>4</sup> Stickroth, H. (2015): Auswirkungen von Feuerwerken auf Vögel – ein Überblick. - Ber. Vogelschutz 52: 115–149.

<b>Frage 1:</b>	
<b>Was werden Sie tun, damit in Schutzgebieten die naturschutzfachlichen Ziele Vorrang gegenüber konkurrierenden Nutzungen erhalten, damit die Biotopverbundflächen nicht nur Schraffuren auf Landkarten bleiben und damit das Vorkaufsrecht des Landes in einer Größenordnung von &gt;100 ha ausgeübt wird?</b>	
<b>B90/GRÜNE</b>	In der Biodiversitätsstrategie ist dargelegt, wie das Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem in den nächsten Jahren weiterzuentwickeln ist. Gegenwärtig umfasst die Eignungskulisse ca. 23 Prozent der terrestrischen Landfläche. Etwa die Hälfte davon ist bereits gesichert als Natura 2000-Gebiet, Naturschutzgebiet oder Naturwald, als Ausgleichs- oder Ökokontenfläche, gesetzlich geschütztes Biotop oder durch Flächenerwerb. Der Schwerpunkt des Ausbaus wird entlang der Verbundachsen erfolgen. Diese befinden sich überwiegend entlang der Fließgewässer. Eine prioritäre Aufgabe liegt in der Renaturierung und Wiederherstellung der ökologischen Durchgängigkeit von Fließgewässern und deren begleitenden Lebensräumen (z. B. Niedermoore). Mit dem Niedermoorprogramm, dem Moorschutzprogramm und dem Auenprogramm wurden bereits wichtige Grundsteine für die Lebensraumaufwertung gesetzt. Die Umsetzung erfolgt fokussiert auf die in der Biodiversitätsstrategie dargestellten 50 Kernaktionsräume.
<b>CDU</b>	Unsere Position bleibt hier unverändert.
<b>FDP</b>	Wir Freie Demokraten werden die Biodiversitätsstrategie des Landes sowie die Landesstrategien zum Biologischen Klimaschutz und zum Bodenschutz gemeinsam mit allen Beteiligten umsetzen und nach einer Evaluation ggf. anpassen. Es ist besonders wichtig, dass das Spannungsfeld zwischen Artenschutz und Biodiversität auf der einen und Wirtschaft - inklusive Landwirtschaft - und Tourismus auf der anderen Seite berücksichtigt wird. Darauf werden wir in der Umsetzung der Strategien besonders achten. Wir können uns die Strategie nur dann leisten, wenn wir dadurch die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und die touristische Attraktivität nicht gefährden. Das Vorkaufsrecht des Landes wollen wir abschaffen, da es einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Vertragsfreiheit darstellt. Freiwillige vertragliche Vereinbarungen unter Einbezug der Betroffenen haben sich im Bereich des Naturschutzes schon lange als eine effektive Alternative erwiesen.
<b>SSW</b>	Die Flächennutzung ist so umfangreich wie kaum zuvor. Die verschiedenen und durchaus begründeten Ansprüche unter einen Hut zu bringen ist nicht immer einfach. Der SSW hat seinerzeit bei der Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes gerade die Biodiversität in den Fokus gesetzt. Doch ein Gesetz ist nur so gut, wie es auch umgesetzt wird. Die rechtlichen Voraussetzungen für Schutzgebiete, sind in ihrer Art unterschiedlich und der rechtliche Status ist ausschlaggebend für die naturschutzfachliche Ausgestaltung. Entsprechend sind andere Nutzungen zulässig oder auch nicht. Wir teilen aber den Ansatz, dass weit mehr für den Biotopverbund getan werden muss. Die Voraussetzungen für das Vorkaufsrecht sind im LNatSchG klar geregelt. Um die naturschutzfachliche Weiterentwicklung der Flächen gewährleisten zu können, sollte es gegebenenfalls eine flexiblere Handhabung des Vorkaufsrechts geben.

## 2. Klimaschutz & Energiewende

Schleswig-Holstein gilt mit seiner Energiewende als Vorreiter im Klimaschutz. Vor allem die Erzeugung regenerativer Energien in der freien Landschaft (Windenergieausbau, Freiflächen-Photovoltaik) ist nicht konfliktfrei. Weitere wichtige Klimaschutzmaßnahmen, wie etwa Gewinnung erneuerbarer Energien im öffentlichen Bereich, die energetische Gebäudesanierung und klimaverträgliche Mobilität, kommen nur schleppend voran. Das Landesprogramm zum „Biologischen Klimaschutz“<sup>5</sup> soll umgesetzt werden und benötigt dringend Maßnahmen, um die Eigentümer zu überzeugen, einer Vernässung oder Aufforstung der hierfür benötigten Flächen zuzustimmen.

### **Frage 2:**

**Wo wird Ihre Partei Schwerpunkte beim Klimaschutz setzen und wie wollen Sie mit den Konflikten der Erzeugung regenerativer Energien mit den Anliegern und dem Artenschutz umgehen?**

<b>B90/GRÜNE</b>	Wir müssen und wollen den Ausbau der Erneuerbaren einschließlich der dafür erforderlichen Infrastruktur als Grundvoraussetzung zur Erreichung der Klimaziele zügig voranbringen und dazu Planungsverfahren effizienter machen, ohne Abstriche beim Naturschutz- und Beteiligungsrecht, zum Beispiel durch Digitalisierung und bessere Ausstattung der Behörden. Der Ausbau darf nicht zu Lasten der Biodiversität geschehen. Wo immer möglich werden wir Synergien zwischen dem Ausbau der Erneuerbaren und der Biodiversität nutzen. Beim Ausbau der Freiflächenphotovoltaik, einschließlich Agri-PV, sehen wir hier Möglichkeiten. Das Potential von Dachflächen und anderen bereits versiegelten Flächen wollen wir für die PV ausschöpfen. Der biologische Klimaschutz (Moore, Wälder) dient ebenfalls dem Schutz der Biodiversität. Weitere wichtige Handlungsfelder mit hohen Synergieeffekten sind der Klimaschutz in der Landwirtschaft und der Ausbau der Kreislaufwirtschaft.
<b>CDU</b>	Um die Potentiale der Photovoltaik für die Energiewende auszuschöpfen, wollen wir vorrangig Dächer, Fassaden und Parkplätze nutzen. Um bei der Freiflächen-Photovoltaik Konflikte mit dem Artenschutz zu minimieren, wollen wir diese vorwiegend auf belasteten oder versiegelten Flächen ausbauen. Daneben streben wir eine Doppelnutzung im Rahmen der Agrar-Photovoltaik an, also die Kombination von Photovoltaikanlagen auf unter ihnen genutzten landwirtschaftlichen Flächen.  Um zum weiteren Ausbau der Windenergie den Flächenbedarf so gering wie möglich zu halten, werden wir den Einsatz vertikaler Windkraftanlagen für die Verdichtung in bestehenden Vorranggebieten prüfen und in Modellprojekten erproben. Außerdem wollen wir prüfen, welche landesrechtlichen und bundesrechtlichen Vorgaben angepasst werden müssen, um das Repowering auf solchen Flächen zu ermöglichen, auf denen bereits jetzt Windkraftanlagen stehen, die jedoch in der Regionalplanung Wind aus Gebietskulisse herausgefallen sind.
<b>FDP</b>	Die Energiewende ist eine große Herausforderung, gleichzeitig aber auch eine Jahrhundertchance für ein innovatives Land wie Schleswig-Holstein. Durch die

<sup>5</sup> <https://www.landtag.ltsh.de/infotehk/wahl19/drucks/02300/drucksache-19-02326.pdf>

**Frage 2:**

**Wo wird Ihre Partei Schwerpunkte beim Klimaschutz setzen und wie wollen Sie mit den Konflikten der Erzeugung regenerativer Energien mit den Anliegern und dem Artenschutz umgehen?**

Erzeugung und Nutzung Erneuerbarer Energien wird das Land ein attraktiver Standort für energieintensive Unternehmen. Wir werden Innovationen und neue Technologien unterstützen.

In der Frage Ausbau der Erneuerbaren Energien haben wir Freie Demokraten eine ganz klare Haltung: Wir müssen den Anteil der regenerativen Energien im Strommix erhöhen, und zwar durch Repowering von Bestandsanlagen, den Ausbau von Offshore-Anlagen und Anreize für Photovoltaikanlagen auf Dächern. Wir haben in Schleswig-Holstein bereits zwei Prozent der Landesfläche für Windenergie ausgewiesen - eine Erhöhung auf drei Prozent zu Lasten der Menschen und der Natur im Land werden wir nicht mitmachen. Wir wollen an den bestehenden Abstandskriterien nichts ändern und die Interessen der Anwohner, der Umwelt und des Naturschutzes angemessen und abgewogen berücksichtigen. Wir sprechen uns klar dagegen aus, Windkraftanlagen in Wäldern zu erlauben und werden Waldrodungen für Windkraft verhindern. Diskutieren muss man, wie Klimaschutz und Naturschutz künftig miteinander vereinbart werden können. Denn der Konflikt besteht nicht nur beim Ausbau der Windenergie, sondern bei allen Fragen des Infrastrukturausbaus schon lange. Wir Freie Demokraten bekennen uns zu den Pariser Klimaschutzziele und treten für eine naturwissenschaftlich fundierte Energie- und Klimaschutzpolitik ein, die auf Innovationen, Wettbewerb und hohe gesellschaftliche Akzeptanz setzt. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, muss die Energiepolitik technologieoffen und sektorenübergreifend auf die Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen ausgerichtet sein. Hier geht es auch nicht nur um Strom, sondern ebenso um Wärme und Kälte für Gebäude, um Industrieprozesse sowie um den Verkehrssektor.

**SSW**

Nicht erst der Klimawandel und die dazugehörigen Klimaschutzziele machen den Ausbau der Erneuerbaren Energien notwendig. Gerade die jetzige Krisensituation macht deutlich, dass der Ausbau der Erneuerbarer Energien weiter verstärkt werden muss. Daher ist die Ausweisung der Flächen für die Erneuerbaren von erheblicher Bedeutung. Dies beinhaltet ein enormes Konfliktpotential mit dem Natur- und Artenschutz. Zur Zeit läuft die Diskussion um die Ausweisung der PV-Freiflächen in den Kommunen. Wir wollen bei der Ausweisung von Photovoltaik-Parks klare Regeln, wo und in welcher Größe sie entstehen dürfen. Um unnötigen Flächenfraß zu vermeiden, muss die Nutzung bereits versiegelter Flächen, Hausfassaden oder Dächer Vorrang vor der Erschließung neuer Freiflächen haben. Der biologische Klimaschutz darf hier nicht zum Opfer der Energiewende werden.

### 3. Landwirtschaft

Angesichts der gravierenden Probleme, die die zunehmend industrielle Landwirtschaft mit immer intensiveren Tiermastanlagen verursacht und den Belastungen der Gewässer und Böden mit Dünger, Pestiziden, Antibiotika, der Versauerung der Ostsee, dem Artenschwund etc., ist dringend eine neue Agrarpolitik und -förderung notwendig. Eine Agrarwende hin zu einer umweltschonenden, ökologischen landwirtschaftlichen Nutzung bietet hierfür einen entscheidenden Ansatz, der viele Probleme des Natur- und Umweltschutzes lösen und der bäuerlichen Landwirtschaft neue Chancen und Einkommen bieten kann. Auch die Auswirkungen der Landwirtschaft auf die Biologische Vielfalt und ihre Klimawirksamkeit sind anzupassen (z.B. keine Agrarsubventionen für Landwirtschaft auf Moorland, dafür Agrarsubventionen für moorverträgliche landwirtschaftliche Nutzung und allg. für Gemeinwohlleistungen). Der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche in SH beträgt jedoch lediglich 7,0 %<sup>6</sup> und liegt damit unter dem Bundesdurchschnitt von 10,2 %. Alle Bundesländer sollten sind angehalten, dem „30%-Ziel Ökologischen Landbaus bis 2030“ der Bundesregierung näher zu kommen<sup>7</sup>

Aber auch die konventionelle Landwirtschaft benötigt ein Umlenken wie beispielsweise die Honorierung von Gemeinwohlleistungen, die Pestizidreduktion, die Verbesserung des Tierwohls bei gleichzeitiger Reduktion der Tierhaltung. Die EU-Kommission hat mit dem Konzept „Vom Hof auf den Tisch“ (Farm to Fork) eine Strategie für ein faires, gesundes und umweltfreundliches Lebensmittelsystem vorgelegt, das effektiver politischer Steuerungsmechanismen bedarf.<sup>8</sup>

#### Frage 3:

**Wie wollen Sie das Problem der massiven Überdüngung unserer Böden, Gewässer und Meere angehen und wie werden Sie dementsprechend die Subventionen des Landes auf den Einfluss auf die Biologische Vielfalt und ihre Klimawirksamkeit anpassen?**

<b>B90/GRÜNE</b>	Die Förderung basiert überwiegend auf einer mit Landesmitteln kofinanzierten Nutzung von EU- und Bundesmitteln. Leider ist im Bereich der Agrarförderung die entschlossene Wende auf EU-Ebene bisher ausgeblieben. Das Landesprogramm werden wir im Rahmen der Vorgaben des nationalen Strategieplanes orientiert an der Biodiversitätsstrategie ausrichten. Im Bereich des Ordnungsrechtes erhoffen wir uns von der Ampelkoalition im Bund Verbesserungen und werden dies im Bundesrat bzw. die Minister*innenkonferenzen unterstützen. Wir setzen uns für eine flächendeckende Reduzierung der Düngung um 20 Prozent und der Pestizide um 50 Prozent (F2F-Strategie) und für eine Ausweitung des Ökolandbaus auf 30 Prozent der Fläche ein. Im Bereich der Düngekontrollen haben wir in den vergangenen Jahren die Kapazitäten verstärkt. Die Gewässerschutzberatung wurde ebenfalls ausgebaut und soll weitergeführt werden. In regionalen, kooperativen Projekten wie der Modellregion Schlei sehen wir weitere Potentiale.
<b>CDU</b>	Die Ende des Jahres 2020 in Kraft getretene Landesdüngeverordnung setzt das auf Bundesebene novellierte Düngerecht jetzt auch bei uns in Schleswig-Holstein praxisnah um. Noch im Jahr 2017 waren 60 Prozent der Landesfläche

<sup>6</sup> [https://www.schleswig-hol-](https://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/Themen/Landwirtschaft/Agrarstatistik/ZahlenFakten/oekolandau_Dossier.html?notFirst=true&docId=b6432a6e-1c3b-424a-b788-12b4ebcbf9b1)

[stein.de/DE/Landesregierung/Themen/Landwirtschaft/Agrarstatistik/ZahlenFakten/oekolandau\\_Dossier.html?notFirst=true&docId=b6432a6e-1c3b-424a-b788-12b4ebcbf9b1](https://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/Themen/Landwirtschaft/Agrarstatistik/ZahlenFakten/oekolandau_Dossier.html?notFirst=true&docId=b6432a6e-1c3b-424a-b788-12b4ebcbf9b1)

<sup>7</sup> [https://www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/oekologischer-landbau/oekologischer-landbau\\_node.html](https://www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/oekologischer-landbau/oekologischer-landbau_node.html)

<sup>8</sup> <https://www.uni-kiel.de/de/detailansicht/news/199-farm-to-fork#>

<b>Frage 3:</b>	
<b>Wie wollen Sie das Problem der massiven Überdüngung unserer Böden, Gewässer und Meere angehen und wie werden Sie dementsprechend die Subventionen des Landes auf den Einfluss auf die Biologische Vielfalt und ihre Klimawirksamkeit anpassen?</b>	
	<p>sogenannte „Rote Gebiete“, bei denen laut Definition Probleme mit Nitrat belastetem Wasser bestanden. Bundeseinheitlich geltende Kriterien, ein neuer Maßnahmenkatalog und die Nachschärfungen 2020 haben dazu geführt, dass nur noch zehn Prozent der „Roten Gebiete“ übriggeblieben sind. Mit den einheitlichen Mess- und Bewertungsmethoden von Grundwasserstellen hat sich zudem gezeigt, dass das Grundwasser in Schleswig-Holstein mit das beste bundesweit ist.</p> <p>Um Gleichwohl den Gefahren einer Überdüngung entgegenzuwirken, fördern wir ausdrücklich den Einsatz von digitalen Lösungsansätzen (Precision Farming (Smart Farming)), um Saatgut, Dünger und Pflanzenschutz so optimal und bedarfsgerecht wie möglich anzuwenden.</p>
<b>FDP</b>	<p>Wer das Land ernährt, verdient Respekt und politische Verlässlichkeit. Die Land- und Forstwirte sind hervorragend ausgebildete Fachleute. Sie erbringen mit ihrer Leistung und durch ihre Produkte eine essenzielle Grundlage für unsere Ernährung, aber auch für die Umwelt und den gemeinschaftlichen Zusammenhalt auf dem Land. Wir Freie Demokraten setzen uns für eine zukunftsorientierte Landwirtschaft ein, die sich rechnet. Unsere Agrarpolitik setzt auf eine unternehmerische und vielfältige Landwirtschaft, in der unterschiedliche Betriebsformen und Wirtschaftsweisen ihre spezifischen Chancen nutzen. Die Ergebnisse des Dialogprozesses „Zukunft der Landwirtschaft“ in Schleswig-Holstein wie auch die Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft auf Bundesebene haben das Potenzial, eine gute Basis für eine Landwirtschaft zu bilden, die zukunftsfähig ist, uns weiterhin mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln versorgt und gleichzeitig hohe Wertschätzung in der Bevölkerung genießt. Die Ergebnisse der Dialoge werden die Leitlinie für unsere Agrarpolitik sein. Kooperative Vertragsnaturschutzprogramme und die Allianz Gewässerschutz wollen wir fortsetzen.</p>
<b>SSW</b>	<p>Der SSW hat Berichtsanträge zum Umweltzustand der Schlei sowie zur Flensburger Förde und Außenförde gestellt. Für beide Regionen gilt, sie sind repräsentativ für die nachgefragte Problematik. Mit dem „Modelprojekt Schlei“ wird deutlich, dass etwas getan werden kann, um unsere Böden und Gewässer besser zu schützen. Auf allen Ebenen muss der politische Wille, vorhanden sein. Die Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft ist dabei unumgänglich und entsprechend bedarf es flankierender Maßnahmen. Dies ist aber kein Prozess, der von heute auf morgen lösbar ist. Doch das Modelprojekt zeigt aber, dass der ganzheitliche Ansatz zur Problemlösung wichtig für den Erfolg ist. Daher treten wir dafür ein, dass entsprechende Förderprogramm viel mehr in eine vergleichbare Richtung ausgelegt werden müsse. Das Modelprojekt Schlei hat aus unserer Sicht richtungsweisenden Charakter auch für andere Regionen des Landes.</p>

#### 4. Umsetzung von NATURA 2000 verbessern

Das NATURA 2000-Programm zielt darauf ab, einen günstigen Erhaltungszustand der zu schützenden Arten und Lebensraumtypen in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet innerhalb der EU zu bewahren oder wiederherzustellen. Doch der nationale FFH-Bericht für Schleswig-Holstein<sup>9</sup> von 2019 zeigt, dass bei vielen Lebensraumtypen und Arten noch ein großes Umsetzungsdefizit bis zur Erreichung eines günstigen Erhaltungszustandes besteht. Bei vielen Arten ist sogar ein massiver Rückgang zu verzeichnen, der in der kommenden Berichtsperiode an die EU zu beseitigen ist. Dies gelingt nur, wenn einerseits die Hauptursachen für die ungünstigen Zustände, wie die weitere Nivellierung der Landschaft über Stoffeinträge (Stickstoff, Nährstoffe, Biozide, Pestizide) gestoppt und andererseits in den Managementplänen konkrete und verbindliche Bewirtschaftungsmaßnahmen und Pflegeansätze zum Schutz der Lebensraumtypen und Arten verankert werden.

##### **Frage 4:**

**Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um mehr Qualität in den EU-Schutzgebieten zu bekommen und speziell in den NATURA 2000 Gebieten die Erhaltungszustände der Arten und Lebensräume signifikant zu verbessern und z.B. Nährstoff- und Pestizideinträge deutlich zu reduzieren?**

<p><b>B90/GRÜNE</b></p>	<p>Die Biodiversitätsstrategie werden wir konsequent umsetzen und die hierfür erforderlichen Ressourcen bereitstellen. Viele Lebensräume, insbesondere Binnendünen, Heiden, Moore, Wälder und Grünlandlebensräume, Meeres- und Küstenlebensräume, Seen, sind in ihrer Qualität durch diffuse Nährstoffeinträge beeinträchtigt. Der großräumige Eintrag stammt überwiegend aus Verkehr und landwirtschaftlicher Tierhaltung, die durch Maßnahmen der Luftreinhaltung (Umsetzung der NERC-Richtlinie, mit Reduktionsverpflichtungen für u.a. Stickstoffoxyde und Ammoniak), eine Reduzierung der Tierhaltung und eine wirksame Düngeverordnung überwiegend national angegangen werden müssen. Die Maßnahmenprogramme für die in SH bestehenden 271 FFH-Gebiete und 46 Vogelschutzgebiete wollen wir umsetzen und falls erforderlich nachschärfen. Sie sind durch Vertragsnaturschutz, Artenschutzmaßnahmen, Gewässerschutz/WRRL u.a. vor Einträgen aus angrenzenden Flächen besser zu schützen.</p>
<p><b>CDU</b></p>	<p>In den Natura 2000 Gebieten gilt das Verschlechterungsverbot. Dieses ist einzuhalten, zu überprüfen und durch geeignete Managementpläne zu verbessern. Hier sind Umweltverwaltung und Flächenbewirtschafter gemeinsam in der Verantwortung.</p> <p>Als Land bekennen uns zu den 17 globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030, die Sustainable Development Goals. Diese werden wir mit landespolitischen Maßnahmen begleiten, umsetzen und in der Folge die Zielerreichung evaluieren. Die Umsetzung der Biodiversitätsstrategie des Landes werden wir in der kommenden Legislaturperiode weiter voranbringen. Ein wesentlicher Schlüssel zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele ist Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), womit Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzt werden, ihr Leben nachhaltig zu gestalten. Diese BNE-Strategie wollen wir unter Einbindung der Volkshochschulen in der nächsten Legislaturperiode</p>

<sup>9</sup> [https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/N/natura2000/NZP\\_09\\_Monitoring.html](https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/N/natura2000/NZP_09_Monitoring.html)



<b>Frage 4:</b>	
<b>Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um mehr Qualität in den EU-Schutzgebieten zu bekommen und speziell in den NATURA 2000 Gebieten die Erhaltungszustände der Arten und Lebensräume signifikant zu verbessern und z.B. Nährstoff- und Pestizideinträge deutlich zu reduzieren?</b>	
	weitentwickeln.
<b>FDP</b>	Wir unterstützen den Weg der Koalition auf Bundesebene, einen Aktionsplan Schutzgebiete aufzulegen, mit dem Ziel, ihr Management zu verbessern. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf das notwendige Maß zu beschränken. Die gute fachliche Praxis in der Landwirtschaft erfordert allerdings die Verfügbarkeit innovativer Pflanzenschutzmittel mit unterschiedlichen Wirkmechanismen. Mit innovativen Techniken und Konzepten kann effizienter gedüngt und somit die Belastung des Grundwassers reduziert werden. Deshalb setzen wir uns für die weitere Stärkung der wissenschaftsbasierten und betriebswirtschaftlich orientierten Beratung für die Landwirte ein.
<b>SSW</b>	Auch hier gilt, ohne die Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft werden wir die naturschutzfachlichen Ziele nicht erreichen. Aus Sicht des SSW wurde bei der Ausgestaltung der EU-Agrarprämien die Chance vertan durch eine grundlegende Änderung der Förderkulisse eine Verbesserung herbeizuführen. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine echte Reform der Agrarförderung ein. Soziale Aspekte und der gesellschaftliche Wunsch nach mehr Umwelt- und Klimaschutz sowie Tierwohl müssen in den Fokus der EU-Zahlungen rücken. Das ist jedoch das große Rad. Für die genannten Schutzflächen sollten daher das Monitoring und die Evaluierung verbessert und ausgedehnt werden. Instrumente des Vertragsnaturschutzes müssen daher weiter ausgedehnt werden.

## 5. Flächenverbrauch nachhaltig eindämmen

In Deutschland werden tagtäglich rund 56 Hektar Landschaft für Siedlungs- und Verkehrszwecke verbraucht, in Schleswig-Holstein sind es täglich 3,1 Hektar (Stand 2018). Immer mehr Natur und Landschaft geht verloren, Lebensräume werden zerschnitten und die Verinselung der Tier- und Pflanzenwelt nimmt weiter zu. Daher hat sich die Bundesregierung in der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel gesetzt, den wachsenden Flächenverbrauch für Siedlung und Verkehr bis zum Jahr 2030 auf 30 Hektar pro Tag zu senken<sup>10</sup>. Die Umwandlung von Böden in Siedlungs- und Verkehrsfläche von 3,1 ha/Tag in Schleswig-Holstein lag somit 240% über dem sich aus der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ergebenden Ziel von 1,3 ha/Tag. Hier sind konkrete Maßnahmen in den Bereichen Landwirtschaft / Straßen- / Städtebau dringend notwendig (z.B. Handel mit Flächenzertifikaten, Rückbau ehemals versiegelter Flächen / Flächenverbrauch in der Landwirtschaft durch Biogasanlagen reduzieren / Alternativen zu Biogasanlagen entwickeln).

<sup>10</sup> <https://www.umweltbundesamt.de/themen/boden-landwirtschaft/flaechensparen-boeden-landschaften-erhalten#flaechenverbrauch-in-deutschland-und-strategien-zum-flaechensparen>

<b>Frage 5:</b>	
<b>Wie wird sich Ihre Partei diesem Problem stellen und es schaffen, den Flächenverbrauch in Schleswig-Holstein nachhaltig einzudämmen?</b>	
<b>B90/GRÜNE</b>	Zur Reduktion des Flächenverbrauchs auf 1,3 ha pro Tag bis 2030 haben wir in der jetzigen Koalition das Projekt „Nachhaltiges Flächenmanagement“ auf den Weg gebracht und 30 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Es geht darum, Potentiale für die Innenentwicklung zu ermitteln und geeignete Brachflächen zu recyceln. Ein Baulandfonds mit einem Kreditvolumen von 100 Mio. Euro wurde eingerichtet, der Kommunen beim Flächenrecycling unterstützen soll. Diese Maßnahmen wollen wir fortführen, zu gegebener Zeit evaluieren und erforderlichenfalls nachsteuern. Dabei werden wir auch die Festlegung von Flächenkontingenten für Kreise und Kommunen sowie die Einführung eines Flächen-Zertifikate-Handels nach dem Vorschlag des Umweltbundesamtes prüfen.
<b>CDU</b>	Wir brauchen eine überlegte und kluge Flächenplanung. Das bedeutet für uns einen nachhaltigen, ressourcenschonenden und sachgerechten Flächenansatz gepaart mit dem Ziel, Wachstumschancen und Unternehmensansiedlungen in unserem Land zu ermöglichen. Mit der Fortschreibung des Landesentwicklungsplans haben eine effiziente Nutzung von Flächen auf den Weg gebracht und als Grundsatz für die Raumordnungsplanung festgeschrieben. Wir wollen die Flächeninanspruchnahme auf 1,3 Hektar pro Tag bis 2030 reduzieren. Um das Ziel zu erreichen, setzen wir auf Aktivierung von Baulücken, angepasstes Bauen und Innenentwicklung sowie verstärktes Recycling nicht genutzter Flächen.
<b>FDP</b>	Zur Erhaltung einer lebenswerten Umwelt sind der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, die Verminderung des Flächenverbrauchs, der Artenschutz sowie die Vermeidung von Schadstoffeinträgen in die Luft, den Boden und das Wasser unabdingbare Vorsorgemaßnahmen. Wir Freie Demokraten werden die Biodiversitätsstrategie des Landes sowie die Landesstrategien zum Biologischen Klimaschutz und zum Bodenschutz gemeinsam mit allen Beteiligten umsetzen und nach einer Evaluation ggf. anpassen. Die wirtschaftlichen Chancen Schleswig-Holsteins werden nur ergriffen werden können, wenn ein intelligentes Flächenmanagement etabliert wird, das Flächenverbrauchsziele definiert, die auch die bisherige Inanspruchnahme in unserem Land berücksichtigen, um nicht gegenüber anderen Bundesländern einen strukturellen Nachteil zu bewirken. Bei der Schaffung von Wohnraum halten wir am Vorrang der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung fest, um den Flächenverbrauch und Infrastrukturkosten gering zu halten.
<b>SSW</b>	Der SSW unterstützt das landesweite Flächenmanagement, um den hohen Flächenverbrauch zu senken. Der Boden hat Filter-, Speicher- sowie Pufferfunktionen und schafft durch seine Fähigkeiten verschiedenste Lebensräume für Flora und Fauna und ist die Basis für jedes Ökosystem. Der Boden hat aber auch eine Gedächtnisfunktion. Was im einmal widerfahren ist, vergisst er so schnell nicht: So können wir den Einsatz von Pestiziden noch Jahrzehnte später im Boden feststellen. Ein Boden, der in seiner Struktur komplett verändert oder zerstört wurde wird nie wieder seinen ursprünglichen Zustand erreichen. Ein

**Frage 5:**

**Wie wird sich Ihre Partei diesem Problem stellen und es schaffen, den Flächenverbrauch in Schleswig-Holstein nachhaltig einzudämmen?**

versiegelter Boden hat keinen Luft- oder Wasseraustausch und verändert dadurch komplett sein Wesen. Um also das Schutzgut Boden besser zu schützen, brauchen wir ein Bodenschutzprogramm, das seinen Namen verdient. Zugleich muss der Bodenschutz auf allen politischen Ebenen künftig stärker berücksichtigt werden.

### 6. Ziele der Wasserrahmen- und Meeresstrategierahmenrichtlinie bis 2027 erreichen (Endes des 3. Bewirtschaftungszeitraumes)

Im Jahr 2000 wurde die EG-Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL) verabschiedet, somit wurde erstmals ein einheitlicher europäischer Rahmen für die Wasserwirtschaft festgelegt. Das Leitbild der WRRL ist der natürliche Zustand der Gewässer. Grundwasser, Seen, Fließgewässer wie auch Küstengewässer sollen geschützt werden. Doch bis Ende 2021 (Ende des 2., Beginn des 3. Bewirtschaftungszeitraumes) konnten die Umweltziele der WRRL an den meisten Wasserkörpern nicht erreicht werden, da diese vor allem durch zu hohe Nährstoffeinträge belastet werden.

Zum Schutz der europäischen Meere wurde die Meeresstrategierahmenrichtlinie (EU-MSRL) verabschiedet. Zu den am meisten gefährdeten Meeren in Europa zählen die Nord- und Ostsee. Auch hier kann von einer Erreichung der Ziele der Richtlinie nicht die Rede sein. Problematisch sind hier v.a. die Überfischung der Meere und hohe Nährstoff- und Schadstoffkonzentrationen, die vor allem durch die Flüsse eingetragen werden, sowie Munitionsaltlasten und (Plastik-) Müll.

**Frage 6:**

**Wo werden Sie ansetzen, um die Ziele der EU-WRRL und der EU-MSRL bis 2027 zu erreichen (speziell in den Bereichen: „Überdüngung der Landschaft und Eintrag von Nährstoffen in die Oberflächen- und Grundwasser sowie Meere“, sowie Plastikmüll und Munitionsaltlasten in den Meeren)?**

**B90/GRÜNE**

Zur Überdüngung bzw. Reduktion des Nährstoffeintrages siehe Antworten zu den Fragen 3 und 4. Gegen den Eintrag von Plastikmüll in die Meere muss auch national und supranational viel stärker als bisher angegangen werden. Wir sind sehr froh, dass kürzlich auf dem UN-Umweltgipfel vereinbart wurde, ein internationales Plastikabkommen zu beschließen. Dabei geht es neben einem vermehrten Recycling darum, weniger Wegwerfprodukte und Einwegartikel zu produzieren und die Verwendung von Plastik zur Verpackung stark einzuschränken, denn der beste Müll ist der, der gar nicht erst anfällt. Die rund 1,6 Millionen Tonnen Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee sind eine erhebliche Gefahr für Mensch und Umwelt. Für die Bergung und Vernichtung von Munitionsaltlasten in der Nord- und Ostsee wird ein Sofortprogramm aufgelegt sowie ein Bund-Länderfonds für die mittel- und langfristige Bergung eingerichtet und solide finanziert.

**CDU**

Zum Schutz der Gewässer haben wir in den vergangenen Jahren bereits den Generalplan zum Abwasser- und Gewässerschutz beschlossen und die Mee-

**Frage 6:**

**Wo werden Sie ansetzen, um die Ziele der EU-WRRL und der EU-MSRL bis 2027 zu erreichen (speziell in den Bereichen: „Überdüngung der Landschaft und Eintrag von Nährstoffen in die Oberflächen- und Grundwasser sowie Meere“, sowie Plastikmüll und Munitionsaltlasten in den Meeren)?**

resstrategierahmenrichtlinie weiter vorangetrieben. Auf unsere Initiative hin wurde die Bioabfallverordnung auf Bundesebene novelliert und damit der Kunststoffanteil in Bioabfällen auf maximal 0,5 Prozent begrenzt. Um die Einträge von Mikroplastik in Gewässer zu minimieren, haben wir uns außerdem für ein europaweites Verbot von Mikroplastik in Kosmetika eingesetzt. Ebenso haben wir uns dafür eingesetzt, dass Geisternetze aus den Wässern entfernt werden.

In der kommenden Legislaturperiode wollen wir eine Wasserstrategie für Schleswig-Holstein entwickeln, u.a. um Regenwasser noch besser zu nutzen. Wir werden die Kläranlagen bei der Aufrüstung der vierten Reinigungsstufe unterstützen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Munition in unseren Meeren mit innovativen Ansätzen und möglichst wenig Gefahr für Mensch und Natur geborgen wird.

**FDP**

Der Schutz des wichtigsten Lebensmittels, des Wassers, ist eine elementar wichtige Aufgabe. Die Einträge müssen immer dort reduziert werden, wo eine Gefährdung vorliegt, wobei das Verursacherprinzip gilt. Am bestehenden Generalplan Abwasser und Gewässerschutz werden wir festhalten. Die Schwerpunkte der Abwasserreinigung liegen für die nächsten Jahre insbesondere auf der Reduzierung von Spurenstoffbelastungen und einer weiteren Verbesserung der Nährstoffbelastungen aus Kläranlagen sowie auf der Minimierung der Stoffeinträge und hydraulischer Belastungen aus Niederschlagswassereinleitungen. Wir werden den ordnungsgemäßen Zustand und die Funktion der Abwasseranlagen langfristig sichern, um eine bestmögliche Reinigungsleistung zu gewährleisten.

Die Munitionsaltlasten müssen innerhalb der nächsten Jahre geborgen werden, da eine weitere Zersetzung der Stahlkörper und eine daraus folgende Freisetzung der enthaltenen Stoffe signifikante Schäden für das Ökosystem Ostsee zur Folge hätte. Aufgrund der Verantwortlichkeit des Bundes sind die hierfür benötigten Gelder durch diesen zur Verfügung zu stellen, die Erarbeitung eines umfassenden Bergungskonzepts muss mit den betroffenen Bundesländern erfolgen. Wir wollen in Kooperation mit dem Bund und den betroffenen Ländern einen umfassenden Konzeptentwurf für eine langfristige und umweltschonende Beseitigung der Altlasten erarbeiten. Zudem wollen wir eine juristische Entität zur Koordination der großflächigen Munitionsräumung schaffen und einen Sachverständigenrat aus Behörden, Wissenschaft und Industrie einrichten. Pilotprojekte zur Beseitigung von versenkter Munition sollen schnellstmöglich realisieren werden, wofür sich z.B. das Versenkungsgebiet Kolberger Heide eignet. Schleswig-Holstein soll zur Leuchtturmregion für die Beseitigung von Munition im Meer werden. Wir setzen uns weiterhin auf Bundesebene für die Bereitstellung der für die Beseitigung notwendigen Gelder ein und werden zusätzlich finanzielle Mittel von Landesseite zur Verfügung stellen. Forschungsvorhaben, welche sich mit der Thematik Munition im Meer beschäftigen, werden wir weiter unterstützen.

**Frage 6:**

**Wo werden Sie ansetzen, um die Ziele der EU-WRRL und der EU-MSRL bis 2027 zu erreichen (speziell in den Bereichen: „Überdüngung der Landschaft und Eintrag von Nährstoffen in die Oberflächen- und Grundwasser sowie Meere“, sowie Plastikmüll und Munitionsaltlasten in den Meeren)?**

**SSW**

Leider müssen wir erkennen, dass die Ziele der genannten EU-Richtlinien bisher nicht erreicht wurden. Die Probleme sind hinlänglich und erschöpfend bekannt. Die bisherigen Maßnahmen reichen nicht aus, so dass die Anstrengungen zur Verbesserung verstärkt werden müssen. Um aussagekräftige Messdaten zu Nährstoffeinträgen zu erlangen, muss das Netz der Messstellen weiter ausgebaut werden. Um Plastikeinträge in unsere Gewässer zu verringern, benötigen unsere Kläranlagen entsprechende Filtersysteme und Reinigungsstufen, die auch Mikroplastik und Arzneimittelrückständen herausfiltern. Wir lehnen eine weitere Verklappung des Hamburger Hafenschlicks in der Nordsee ab. Die Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) verbietet dies schon jetzt; sie muss auch in der Nordsee konsequent angewendet werden. Die Weltkriegsmunition aus Nord- und Ostsee muss geborgen und sicher entsorgt werden. Neben dem Land sehen wir gerade den Bund in der Pflicht, zügig hieran mitzuwirken. Auch unsere Binnengewässer sind zum Teil davon betroffen, Je mehr Zeit vergeht, desto schwieriger wird die Bergung der Munition.

## 7. Verkehrswende für eine nachhaltige Mobilität voranbringen

Der Klimaschutz, die zunehmende Zerschneidung von Natur und Landschaft sowie die Belastungen der Bevölkerung durch Lärm und Feinstaub verlangen nach der Entwicklung neuer, ressourceneffizienterer, sozialer Mobilitätskonzepte.<sup>11</sup> Die schleswig-holsteinische Verkehrspolitik konzentriert sich jedoch vor allem auf den Ausbau des Straßennetzes und Großprojekte, wie z.B. die A 20 oder die Fehmarnbelt-Querung, deren Bedarf zunehmend in Frage gestellt ist. Demgegenüber fehlen die Mittel für die dringend benötigte Instandhaltung und Erneuerung der Infrastruktur und des ÖPNV. Denn trotz gestarteter Mobilitätswende verwendet der überwiegende Teil der Berufstätigen im Flächenland Schleswig-Holstein den PKW<sup>12</sup>. Hier fehlt ein flächendeckendes, angebotsorientiertes ÖPNV-Netz, das eine echte Alternative für Pendler ist.

**Frage 7:**

**Wie wollen Sie die notwendige Verkehrswende für eine nachhaltige Mobilität voranbringen und ein flächendeckendes, angebotsorientiertes ÖPNV-Netz schaffen, das eine echte Alternative für Pendler ist?**

**B90/GRÜNE**

Menschen nutzen den Umweltverbund (Zug, Bus, Rad, etc.) nur, wenn er schnell, günstig und bequem ist. Wir wollen starke Linien für die Fahrt durchs Land und flexible Bedienformen zwischen Station und Haustür.  $\frac{3}{4}$  des Verkehrs fährt außerhalb der Pendelzeiten. Wir wollen daher zusätzlich den Umweltverbund auch für Besuchs-, Ausflugs- und Besorgungsfahrten etablieren, indem wir

<sup>11</sup> <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/verkehrswende-fuer-alle>

<sup>12</sup> <https://klimaschutz.schleswig-holstein.de/mobilitaet/>

<p><b>Frage 7:</b></p> <p><b>Wie wollen Sie die notwendige Verkehrswende für eine nachhaltige Mobilität voranbringen und ein flächendeckendes, angebotsorientiertes ÖPNV-Netz schaffen, das eine echte Alternative für Pendler ist?</b></p>	
	<p>den Landesweiten Nahverkehrsplan sowie unseren Investitionsfonds MOIN.SH weiterentwickeln, um damit weitere Projekte anzuschließen. Zur Mobilitätswende gehört auch der Güterverkehr. Mehr Regionalität und Saisonalität sowie die Verlagerung der Verkehre auf die Schiene helfen, die negativen Folgen des Verkehrs zu reduzieren. Auch im Personenverkehr hilft z.B. das Einkaufen vor Ort und die Naherholung. Weniger ruhende und rollende Kfz reduzieren Stau- und Parkdruck und schonen Flächen. Davon profitieren alle – selbst der verbleibende Kfz-Verkehr. Dafür, und eine höhere Lebensqualität, ist eine Neuordnung des öffentlichen Raumes sinnvoll.</p>
<p><b>CDU</b></p>	<p>Wir wollen den motorisierten Individualverkehr als auch den ÖPNV in Zukunft klimaneutral gestalten. Deshalb haben wir das Jobticket und das landesweite Semesterticket eingeführt und haben bei Straßensanierungen immer auch die Radwege mit im Blick.</p> <p>Wir wollen die Elektromobilität im Land weiter stark vorantreiben. Dafür schaffen wir mit einem umfangreichen E-Ladesäulen-Ausbauprogramm neue Lademöglichkeiten. Außerdem werden wir E-Fuels und weitere neue Power-to-X-Kraftstoffe positiv begleiten und wollen ein flächendeckendes Netz an Wasserstoff-Tankstellen schaffen. Kommunen wollen wir stärker bei der Einführung von Carsharing-Modellen unterstützen. Wir werden den Radwegeplan umsetzen, den Ausbau und die Vernetzung des Radwegenetzes vorantreiben und in jedem Kreis bzw. kreisfreien Stadt Radschnellwege bauen. Unser Ziel ist, an allen schleswig-holsteinischen Bahnhöfen sichere Abstellmöglichkeiten (Bike-Boxen) einzurichten und an größeren Bahnhöfen Mobilitätstationen aufzubauen, die Fahrrad, Bus und Bahn miteinander verbinden und Servicestationen beinhalten.</p>
<p><b>FDP</b></p>	<p>Für uns Freie Demokraten ist Mobilität ein Grundbedürfnis der Menschen. Deshalb möchten wir die Mobilität aller Bürgerinnen und Bürger im Land verbessern - und vor allem auch klimafreundlicher machen. Dabei haben wir alle Verkehrsträger im Blick und bekennen uns auch klar zum motorisierten Individualverkehr. Denn wir wollen auch den Straßenverkehr klimafreundlicher machen, zum Beispiel durch eine deutliche Ausweitung von E-Ladesäulen und Wasserstoff-tankstellen im Land, da auch alternative Antriebe für mehr Klimafreundlichkeit sorgen. Dabei machen wir bei den Antriebsarten keine Vorgaben, sondern setzen auf dem Weg zu umwelt- und klimafreundlicher Mobilität auf Technologieoffenheit. Wir streben zudem einen vollkommen emissionsfreien Schienenpersonennahverkehr im Land bis 2026 an, weshalb wir insbesondere die Elektrifizierung der Marschbahn als prioritäres Projekt vorantreiben werden. Auch die Radverkehrsinfrastruktur im Land werden wir deutlich verbessern.</p> <p>Der Weiterbau der A20 von Bad Segeberg bis nach Glückstadt und weiter bis Niedersachsen ist eines der wichtigsten Infrastrukturprojekte des Landes. Diese dringend benötigte Ost-West-Verbindung wird zu einer spürbaren verkehrlichen Entlastung der staugeplagten Straßen in Hamburg führen. Insbesondere für die Westküste Schleswig-Holsteins ergeben sich durch die A20 zudem große wirtschaftliche Potenziale, wovon die Menschen in der Region massiv profitieren</p>

<b>Frage 7:</b>	
<b>Wie wollen Sie die notwendige Verkehrswende für eine nachhaltige Mobilität voranbringen und ein flächendeckendes, angebotsorientiertes ÖPNV-Netz schaffen, das eine echte Alternative für Pendler ist?</b>	
	<p>werden. Den schnellstmöglichen Weiterbau der A20 unterstützen wir daher ausdrücklich. Wir sehen beim Schienenverkehr in Schleswig-Holstein erheblichen Verbesserungsbedarf und sehr großes Potenzial. Den Umstieg auf Bus und Bahn schaffen wir nur durch attraktive Angebote. Daher wollen wir gerade in diesem Bereich massiv investieren. Den Landesweiten Nahverkehrsplan wollen wir konsequent umsetzen. Neben der Verbesserung und dem Ausbau bestehender Strecken streben wir dabei unter anderem zusätzliche Verbindungen, bessere Qualität (z.B. in den Bereichen Barrierefreiheit, Sicherheit und Sauberkeit), eine Ausweitung der WLAN-Verfügbarkeit in Zügen, moderne und sanierte Bahnhöfe und Haltepunkte sowie digitales Ticketing an. Zentrale Projekte sind für uns die Elektrifizierung der Marschbahn, der Ausbau der Strecke Neumünster-Bad Oldesloe sowie des Hamburger S-Bahn-Netzes mit den Linien S21 und S4 (Ost) sowie S4 (West). Zudem unterstützen wir gerade im ländlichen Raum neue Mobilitätskonzepte, um durch innovative und kreative Angebote Mobilität zu gewährleisten.</p>
<b>SSW</b>	<p>Wir wollen den ÖPNV attraktiver machen und die Kapazitäten ausbauen. Der Bund muss hierfür mehr Regionalisierungsmittel zur Verfügung stellen. Mittelfristig werden viele Menschen aber noch auf ihr Auto angewiesen sein. Statt die Menschen in ihrer Mobilität einzuschränken, wollen wir in den massiven Ausbau des ÖPNV-Netzes investieren und schrittweise eine kostengünstige oder gar kostenlose Nutzung ermöglichen. Auf diese Weise wollen wir viele Menschen davon überzeugen, freiwillig auf den klima-freundlicheren ÖPNV umzusteigen. Kurzfristig wollen wir ein landesweites ÖPNV-Ticket einführen, das es den Menschen ermöglicht, den ÖPNV im ganzen Land kostengünstig zu nutzen. Neben dem ÖPNV und Individualverkehr müssen weitere Verkehrskonzepte angeboten werden, auch um den innerstädtischen Verkehr zu entlasten. Gerade dort muss die Infrastruktur für das Fahrrad verbessert werden, bzw. durch Bike-and-Ride-Parkplätzen, um attraktive Alternativen für Pendler:innen zu schaffen. Eine Mobilitätswende erfordert auch eine andere planerischen Sicht auf Verkehr.</p>

## 8. Mehr Personal bei den Naturschutzbehörden etablieren

Die flächendeckende Durchsetzung des Natur- und Umweltschutzes (u.a. Kontrolle der Ausgleichsflächen) leidet v.a. darunter, dass die zuständigen Verwaltungen keine ausreichenden Personalkapazitäten haben. Durch europäische aber auch internationale Einflüsse sind die Aufträge der Verwaltungen und der Schwierigkeitsgrad ihrer Erfüllung gestiegen. Die zunehmende Orientierung an Qualitätszielen, aufwendige planerische Instrumente und konsequentes Monitoring müssen aber von einer leistungsfähigen Verwaltung bewältigt werden.

### **Frage 8:**

**Wie wollen Sie die qualitativ hochwertige Aufgabenerfüllung der Umweltverwaltungen sicherstellen?**

<b>B90/GRÜNE</b>	Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Landtag die zur Aufgabenerfüllung erforderlichen Haushaltsmittel sowohl für personelle als auch sächliche Ausgaben bereitstellt. Naturgemäß besteht bei der Haushaltsaufstellung eine Konkurrenz der Aufgabenbereiche um knappe Ressourcen. Für uns genießt der Schutz von Natur und Umwelt dabei eine hohe Priorität. Die Ausstattung der unteren Naturschutzverwaltung obliegt in Schleswig-Holstein gemäß der Landesverfassung den Kommunen. Als Fachaufsicht hat die Landesebene aber auch hier Einfluss auf die Aufgabenwahrnehmung. Wo es Unklarheiten bezüglich der Auslegung geltenden Rechts oder uneinheitlichen Vollzugs durch unterschiedliche UNB gibt, kann und sollte die oberste Naturschutzbehörde dieses durch entsprechende Erlasse unterstützen.
<b>CDU</b>	Wir wollen unsere Nachwuchskräftewerbung weiter verstärken, insbesondere in den sozialen Medien. Bei der Anwerbung von Fachkräften wollen wir dabei noch stärker auf Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger setzen. Wir wollen im Landesdienst flexibles Arbeiten im Sinne eines „Arbeitsplatzes der Zukunft“ weiterentwickeln und hier Vorreiter sein. Die Bezahlung in der öffentlichen Verwaltung muss stimmen. Deshalb werden wir Tarifabschlüsse konsequent zeit- und wirkungsgleich auf unsere Beamtinnen und Beamte übertragen. Die in dieser Legislaturperiode erreichten Erfolge im Gesundheitsmanagement werden wir sichern und auf neue Herausforderungen, wie die verstärkte Inanspruchnahme von Homeoffice, reagieren. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wollen wir unsere Fortbildungsangebote weiter ausbauen und Anreize schaffen, diese zu nutzen. Wir werden weiterhin Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Aufnahme eines dualen Studiums als Weiterqualifizierung zur Fachkräftegewinnung ermöglichen.
<b>FDP</b>	Wir Freie Demokraten wollen, dass Schleswig-Holstein ein attraktiver Arbeitgeber ist. Hierzu gehören flexible Arbeitszeitmodelle, bessere Leistungsanreize und moderne Arbeitsplätze für die Beschäftigten im Landesdienst. Außerdem wollen wir die Durchlässigkeit und Aufstiegsmöglichkeiten bei den Landesbediensteten erhöhen. Daher soll der Bologna-Prozess umfassend auch im Beamtentum in Schleswig-Holstein angewandt werden und akkreditierte Bachelor- und Masterabschlüsse die Befähigung für die 2. Laufbahngruppe bei 1. und 2. Einstiegsamt (ehemals gehobener und höherer Dienst) eröffnen. Für uns ist die Digitalisierung das entscheidende Zukunftsthema bei der Modernisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Wir wollen, dass Schleswig-



<b>Frage 8:</b> <b>Wie wollen Sie die qualitativ hochwertige Aufgabenerfüllung der Umweltverwaltungen sicherstellen?</b>	
	Holstein zur digitalen Vorzeigeregion wird, in der digitale Technologien konsequent dazu genutzt werden, die immer vielfältigeren und komplexeren Anforderungen an eine moderne Gesellschaft und eine agile, faktenbasiert handelnde Verwaltung zu erfüllen. Wir werden daher Modellprojekte auch in der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung fordern und fördern. Wir wollen die konsequente Ende-zu-Ende-Digitalisierung von Verwaltungsprozessen ermöglichen. Konsequente Investitionen in die Digitalisierung der Verwaltung sind eine Investition in Qualität und Wettbewerbsfähigkeit.
<b>SSW</b>	Mit den gestiegen und umfangreichen Anforderungen an den Naturschutz ergeben sich auch neue Aufgabenfelder. Nicht immer folgen die Arbeitskapazitäten den neuen Anforderungen, was zu Arbeitsverdichtung führt. Verwaltung muss so strukturiert und aufgestellt sein, dass sie ihre Aufgabenfelder erfüllen kann. Die Personaldecke muss im Verhältnis zum Aufgabenbereich stehen, ansonsten führt dies zu Belastungen und gegebenenfalls zu Ausfällen, die sich weiter negativ auswirken. Aufgabenfelder und Arbeitskapazitäten sind immer wieder in Relation zueinander zu setzen. Dies gilt für die Aufgaben im Natur- und Umweltschutzbereich ebenso für den gesamten öffentlichen Verwaltungsbereich auf allen politischen Ebenen.